

Klausur der Fraktion DIE LINKE Berlin,
15. – 17. März 2019, Rheinsberg

Carsten Schatz & Thomas Barthel

Metropolen-Netzwerk für ein soziales und demokratisches Europa

Thesen zu einer rot-rot-grünen Europapolitik Berlins

1.

Große Städte sind Ballungszentren von wirtschaftlichen Potentialen, politischer Macht, aber auch von Bildung, Wissenschaft, Kultur. Große Städte bilden so seit jeher Anziehungspunkte für Menschen, die den konservativen, traditionalistischen und autoritären Verhältnissen sowie der rigiden sozialen Kontrolle in den ländlichen und kleinstädtischen Regionen entfliehen wollen. Sie waren und sind das Ziel von Migrant*innen, Migration prägt die Geschichte und das Gesicht der Städte bis heute durch die Vielfalt der Communities, Kulturen und des Denkens. Aufklärung, Liberalismus, Weltoffenheit prägen das geistige Klima in den großen Städten deutlich dominanter als auf dem Lande, verdichten sich nicht selten zu hegemonialen Milieus, aus denen heraus vielfältige Kämpfe um gesellschaftliche Teilhabe geführt werden, die wiederum selbst auf die Geschichte der Stadt und die Erfahrungen ihrer Bewohner*innen wirken.

2.

Seit einigen Jahren sind in Europa nationalistische Bewegungen auf dem Vormarsch. Den desintegrativen Tendenzen, die aus der neoliberalen Ausgestaltung der EU und der damit einhergehenden, sich vertiefenden sozialen Spaltung Europas erwachsen, setzen sie ein nationales Narrativ entgegen, das zudem auf extrem konservative Werte zurückgreift und autoritäre, antidemokratische, rassistische, sexistische und sozialdarwinistische Gesellschaftsbilder propagiert. Erfolgreich gelingt es ihnen, der jeweiligen nationalstaatlichen Bevölkerung das Gefühl zu verleihen, ihr in diesem Europa eine Stimme zurück zu geben. Mittlerweile gibt es kaum noch ein Land in Europa, in dem rechte Bewegungen keine einflussreiche Rolle spielen. Und die Hochburgen dieser Bewegungen liegen vor allem in den ländlichen und kleinstädtischen Regionen.

3.

Ein Blick auf die politische Geografie in den europäischen Ländern zeigt, dass nahezu überall die großen Städte die Orte sind, an denen sich Menschen dieser Entwicklung entgegen stellen und in denen andere politische Kräfteverhältnisse dominieren. London, Paris, Berlin, Barcelona, Lissabon, Athen, Wien, Madrid haben linke oder sozialdemokratische Stadtregierungen. In Italien stellen sich Bürgermeister gegen den Innenminister. In Polen verteidigten die liberalen Kräfte ihre Mehrheit in den großen Städten gegenüber der PiS. An den Wahlergebnissen der LINKEN in Deutschland lässt sich deutlich erkennen, dass die Stimmenzugewinne auf die großen Städte zurückgehen, während auf dem Land in Kleinstädten erkennbar Verluste zu verzeichnen sind.

4.

Durch die nationalistische Radikalisierung wird die politische Polarisierung zwischen Stadt und Land weiter zunehmen, nicht zuletzt, weil all jene, die unter dieser Stimmung im ländlichen Milieu leiden, ggf. zusätzlich zum generellen Trend sich in die Städte zurückziehen werden.

Diese Polarisierung prägt auch die politischen Verhältnisse zwischen den großen Städten und den nationalstaatlichen Regierungen. Denn auch wenn eine Mehrheit der Bevölkerung in den Städten lebt, werden die politischen Verhältnisse in den meisten Nationalstaaten aktuell durch die konservative Hegemonie auf dem Land und den Kleinstädten geprägt. Dadurch geraten die Fortschritte der vergangenen Jahrzehnte auf allen Politikfeldern unter Druck, nicht nur in sozialen Fragen, bei der Demokratieentwicklung oder der Integrationspolitik, sondern auch in der Umwelt-, Gleichstellungs-, Kultur-, Verkehrspolitik und auf vielen anderen Feldern.

Gleiches kann auf der europäischen Ebene beobachtet werden. Schon jetzt wirken die von rechtspopulistischen und konservativen autoritären Kräften getragenen Regierungen von Rom bis Warschau, von Zagreb über Wien und Budapest bis Kopenhagen auf die europäischen Institutionen und man muss nicht Cassandra heißen, um bei der Europawahl im Mai neunzehn einen veritablen Rechtsruck zu befürchten.

5.

Während auf nationalstaatlicher und europäischer Ebene rechte und konservative Kräfte und die damit verbundenen Einstellungen Werte dominanter werden, bilden die großen Städte die Bastionen und Widerstandsorte gegen diese Entwicklung und entwickeln darüber eine Anziehungskraft auf Menschen, die für eine offene, demokratische und solidarische Gesellschaft eintreten.

Der institutionelle Einfluss der großen Städte auf die europäische Politik ist jedoch beschränkt und unterliegt zum größten Teil der nationalstaatlichen Vermittlung.

Schlussfolgerung für unsere Arbeit:

Die Europapolitik einer durch eine linke Mehrheit regierten Stadt wie Berlin muss mehr umfassen als nur die Vertretung der eigenen Interessen auf europäischer Ebene. Sie bewegt sich auch auf der Ebene selbstorganisierter Netzwerke der europäischen Metropolen und vor allem ihrer Stadtgesellschaften, die sich als Gegengewicht zur aktuellen nationalistischen und autoritären Bewegung und zur Verteidigung der Demokratie, der Weltoffenheit, der Humanität, der kulturellen Vielfalt, der natürlichen Grundlagen und sozialer Grundrechte in Europa verstehen. Dabei geht es gerade nicht darum, den etwa von rechts propagierten Rückzug auf den Nationalstaat nun mit einem Rückzug auf die Stadt zu unterbieten. Es geht vielmehr darum, eine lokale und zugleich transnationale Politik der Städte zu entwickeln. Städte sind lokale Orte der Globalisierung, der Migration, Europas. Hier finden das Zusammenleben und die Integration ebenso wie die Auseinandersetzungen um demokratische Teilhabe und soziale Rechte statt.

- Diese Netzwerke treten daher nicht allein als Sachwalterin der großstädtischen Interessen auf, sondern müssen sich als Verteidigerin demokratischer, kultureller Werte, sozialer Rechte und gegen den Klimawandel aufstellen.
- Es geht dabei auch darum, dass sich die Metropolenregionen nicht mehr vorrangig als Konkurrenten um Ressourcen verstehen, sondern vielmehr die Kooperation bei der Lösung von Problemen suchen, mit denen sich alle großen Städte in Europa herumschlagen.
- Solche Netzwerke der europäischen Metropolen können ein Baustein für ein demokratisches und soziales Europa bilden, das sich selbstorganisiert von der Basis her aufbaut und so die überwiegenden politischen Vorstellungen seiner Bewohner*innen vertritt.
- Dafür ist es erforderlich, dass Berlin neben seiner Interessenvertretung gegenüber der EU und seinem Wirken in deren Gremien, aktiv die Beziehungen zu anderen Metropolen in der Europäischen Union (und darüber hinaus) sucht und pflegt.
- Es geht also um nicht mehr und nicht weniger als ein neues, anderes Verständnis von Europapolitik in einer Stadt wie Berlin. Es geht darum, eine eigenständige Metropolenaußenpolitik zu entwickeln, die neben dem Wirken in den europäischen Institutionen darauf abzielt, in den Netzwerken der europäischen Städte und ihrer Stadtgesellschaften zu wirken und so Einfluss auf die europäische Politik zu nehmen.

Konkrete Ansatzpunkte:

Die Fraktion unterstützt den Senat dabei, das Netzwerk „solidarity cities“ innerhalb Eurocities mit weiterem Leben zu erfüllen, den internationalen Austausch der solidarischen

Städte mit zu organisieren, solidarische Relocation-Programme zu initiieren. Berlin tritt als aktive solidarity city in Europa auf und sucht die Zusammenarbeit mit anderen Städten. Es beteiligt sich künftig an den Treffen der Bürgermeister, die sich am 9.2.2019 in dem Manifest von Rom für eine humanitäre Flüchtlingsaufnahme und ein Europa der Bewegungsfreiheit ausgesprochen haben.

Wir unterstützen das außerparlamentarische Netzwerk „solidarity city“ und die Seebrücke-Bewegung. Die Fraktion zeigt sich solidarisch mit allen Aktivist*innen und Organisationen, die als Flüchtlingshelfer*innen von Kriminalität betroffen oder bedroht sind. Sie prüft eine parlamentarische Initiative in Zusammenarbeit mit der Bundestagsfraktion.

Berlin muss aktiver Player in der Bundespolitik sein, der für eine kommunale Aufnahme von Geflüchteten eintritt, über den Königsteiner Schlüssel hinaus. Dazu sollen sich die entsprechenden Städte in Deutschland zusammenschließen, um die Bundesregierung zu zwingen, ihre Blockadehaltung gegenüber aus Seenot geretteten Flüchtlingen aufzugeben und kommunale Aufnahme zu gewähren.

Mit der Europäischen Säule sozialer Rechte (ESSR), die 2017 als Erklärung aller Institutionen der EU (Rat, Kommission, Parlament) beim Gipfel in Göteborg verabschiedet wurde, hat sich ein Fenster geöffnet, soziale Rechte in der EU durchzusetzen. Berlin muss sich für die Umsetzung ausstehender Richtlinien-Entwürfe der Kommission und des Parlaments (Entsende-Richtlinie, Europäisches Betriebsrats-Paket) einsetzen. Wir regen Debatten über Themen an, wie Mindeststandards bei der Arbeitslosenversicherung oder auch das Institut einer Europäischen Arbeitssicherung, unabhängig von den nationalen Gesetzgebungen, die Forderung nach einem europäischen Mindestlohn (60% des nationalen Medians) oder auch die Forderung nach einer europäischen Sozialversicherungsnummer, die helfen kann Lohndumping in der gesamten EU wirkungsvoll zu bekämpfen. Die Fraktion unterstützt die Einbringung eines Antrages zur Umsetzung der ESSR auf Landes- und Bundesebene.

Dazu gehört es auch Spielräume beim Vergaberecht, bei sog. Beihilfen im Bereich der Daseinsvorsorge (z.B. im ÖPNV oder auch bei öffentlichen Krankenhäusern) auszuloten, eigene Rahmen zu setzen und damit in eine Debatte auf EU-Ebene zu kommen, die dort bestehenden Rahmen zu erweitern. Die Fraktion unterstützt alle Initiativen des Senats und im Abgeordnetenhaus, alle Spielräume im Vergaberecht zu nutzen, um gute Arbeit, u.a. Tariftreue in Berlin, durchzusetzen.

Als Linksfraktion begleiten und unterstützen wir die europäische Vernetzung von Stadt- und Mieter*inneninitiativen, die sich für das Recht auf Stadt für alle und gegen die Gentrifizierung und Touristifizierung ihrer Städte zur Wehr setzen. Insbesondere streben wir Kontakt zum Netzwerk der „fearless cities“ an. Die seit der Finanzkrise zu verzeichnende massive Finanzialisierung des Wohnens bzw. des Immobilienmarkts sind, ebenso wie die Auswirkungen von Plattformen wie AirBnB auf den Mietwohnungsmarkt,

Probleme in vielen Großstädten. Gemeinsam mit anderen Städten wollen wir wirksame Instrumente dagegen entwickeln, nutzen & austauschen.

Mit den aktuellen Debatten um die Vergesellschaftung von großen Immobilienkonzernen, die Kommunalisierung von Wohnungsbeständen oder die Einführung eines Mietendeckels hat Berlin die Aufmerksamkeit vieler Menschen in anderen europäischen Städten geweckt, die sich für unsere Erfahrungen auch auf der parlamentarischen und administrativen Ebene interessieren.

Wir unterstützen die Bestrebungen eines gemeinsamen Agierens europäischer Städte bei der Bekämpfung von Obdachlosigkeit. Dabei geht es für uns nicht darum, Menschen in ihre Heimat zurückzuschieben, sondern um die Entwicklung von Perspektiven, die den Menschen die Rückkehr in ein normales, selbstbestimmtes Leben ermöglichen.

Am 12. März wurde eine neue Europäische Bürgerinitiative „Housing for all“ gestartet, die die europäischen Institutionen dazu auffordert, bessere rechtliche und finanzielle Rahmenbedingungen für bezahlbares Wohnen in Europa zu schaffen: Von der Ausnahme von kommunalen Investitionen im Wohnbau aus den Maastricht-Kriterien über die Förderung gemeinnütziger Wohnungsbau-träger bis hin zu verbindlichen Regelungen für Kurzzeitvermietungen, damit der Mietwohnungsmarkt durch Ferienwohnungen nicht verknappert wird. Europaweit sind eine Million Unterschriften zu leisten, bereits jetzt wird die Initiative getragen und unterstützt von Gewerkschaften, Städten, Mieterverbänden, Wohnungsbau-trägern, Vereinen und Verbänden. Wir wollen auch in Berlin diese Initiative unterstützen.

Mit dem Fiskalpakt ist nach deutschem Vorbild die Schuldenbremse europaweit installiert - ein Herzstück der Austeritätspolitik. Dies trifft im besonderen Maße auch die Städte und Kommunen und die Frage, wie sie notwendige Investitionen, etwa den Neubau von Schulen oder Wohnungen eigentlich finanzieren können. Auf Kosten anderer notwendiger und sinnvoller Ausgaben, etwa für Soziales oder Integration? Statt sich diesem Nullsummenspiel zu unterwerfen, suchen wir gemeinsam mit anderen Städten nach Wegen, wie bestehende Spielräume möglichst offensiv genutzt und erweitert werden können. Wir unterstützen Forderungen nach einer Freistellung der Nettoinvestitionen von den Schuldenregeln, die von vielen zivilgesellschaftlichen Akteuren, dem europäischen Städtenetzwerk EURO-CITIES und den europäischen Gewerkschaften erhoben werden.